

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 31. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
28.03.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:16 Uhr bis 18:26 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 14:41 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:16 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Teilnahme ab 15:40 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:52 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:30 bis 17:35 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 14:17 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 17:43 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier  
Herr Uwe Stäglin  
Herr Dr. Bernd Wiegand  
Herr Tobias Kogge  
Herr Wolfram Neumann

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Beigeordneter  
Beigeordneter  
Beigeordneter

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft  
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck  
Herr Robert Bonan  
Herr Andreas Hajek  
Herr Manfred Schuster  
Frau Dr. Inés Brock

parteilos  
DIE LINKE.  
parteilos  
parteilos  
DIE GRAUEN/Volkssolidarität  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Frau Marianne Koch** äußerte sich im Auftrag einer Initiative zum geplanten Neubau der Justizvollzugsanstalt. Ziel dieser Initiative sei die Verhinderung des Gefängnisneubaus, welcher auch eine Verschwendung von 159 Mio. € darstellt.

**Frau Koch** teilte mit, dass sie schon Kontakt zu einzelnen Fraktionen aufgenommen habe und sie bedankte sich ausdrücklich für die Gespräche mit diesen.

In diesem Zusammenhang wies **Frau Koch** darauf hin, dass die Entscheidungshoheit für einen Bau bei der Stadt liegen sollte und hierüber nicht das Land zu bestimmen habe. Die vom Land in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie wird eine Zielstudie werden.

Sie fragte an:

Können wir oder die Stadt eine Petition an das Land schreiben?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass sie eine Petition nicht für sinnvoll hält. Die Einwohner werden ordnungsgemäß im Rahmen des Planungsrechts mit einbezogen werden. Es werde einen B-Plan geben, der mit den Anwohnern abgestimmt und im Stadtrat diskutiert wird.

---

**Herr Jörg Hühndorf** von der Initiative ProBaum möchte an die Oberbürgermeisterin und die Stadträte knapp 800 Unterschriften von hallenser Bürgern gegen die derzeitigen Abholzungsaktionen im gesamten Stadtgebiet übergeben und fragte nach:

Gibt es eine Strategie der Stadt Halle für die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte, wo die Stadt Halle mal hin will, diesbezüglich? Schließlich gibt es in Sachen Umweltschutz ein Leitbild der Stadt Halle – mit Entwicklungskorridoren und Investitionen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm die Unterschriftensammlung entgegen und wies gleichzeitig darauf hin, dass z. B. in der Dölauer Heide notwendige Pflegemaßnahmen durchgeführt werden müssen, welche nach einem beschlossenen Pflegeplan vorgenommen werden.

Zu weiteren Maßnahmen, die in Verbindung mit Straßenbaumaßnahmen gelaufen sind, empfahl **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine schriftliche Beantwortung durch Herrn Beigeordneten Stäglin.

In Bezug auf die Kritik zu den Abholzmaßnahmen gab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** Herrn Hühndorf insofern Recht, dass hier nicht gut kommuniziert wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat Herrn Hühndorf um Mitarbeit in der Baumschutzkommission, was von diesem gern angenommen wurde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen**, erläuterte kurz, dass die Maßnahmen, die jetzt überhaupt noch durchgeführt werden können, wirklich Gefahrenabwehrmaßnahmen sind und z. B. am Holzplatz Neupflanzungen erfolgen. Er bat zu beachten, dass das Thema eines Forstes noch etwas anderes ist, als eine geschützte Grünanlage.

Abschließend informierte **Herr Beigeordneter Stäglich** zum Thema Saale, dass ein Leitbild formuliert wird, in welchem Bereich ein städtisch geprägter Grünraum und wo der Natur überlassene Bereiche der Saale sein sollen.

---

**Frau Tina Stark** äußerte sich zur Gleichstellungspolitik mit folgender Frage:

Die Gleichstellung von Mann und Frauen in allen Bereichen ist eines der Hauptanliegen der UNESCO und nicht zuletzt ein grundlegender Anker unseres Grundgesetzes.

Inzwischen ist dieses Anliegen eines der demokratischen Ziele unseres Landes und in der Strategie des Gender Mainstreams verankert.

Wie wird die Umsetzung beeinflusst bzw. durchgesetzt?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass in der Stadt Halle, an den Stellen wo dies beeinflusst werden kann, nämlich in der Stadtverwaltung und in den kommunalen Unternehmen, eine konsequente Gleichstellungspolitik im Sinne des Gendermainstream betrieben wird und sie fest davon überzeugt ist, mit gutem Erfolg ,und dass es auch in Zukunft so sein wird.

---

**Frau Jutta Jahn und Frau Katja Reindel** äußerten sich ebenfalls zur Gleichstellungspolitik und übergaben an den Stadtrat eine Unterschriftensammlung mit der Bitte um nochmalige Prüfung der freiwilligen Förderung von Vereinen mit gleichstellungspolitischen Projekten. Dabei handelt es sich um das Frauenzentrum Weibewirtschaft in Halle, der Frauenpolitische Runde Tisch, das BBZ Lebensart, der humanistische Regionalverband Halle-Saalekreis e.V. und die Beratungsstelle ProMann in Halle

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 31. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 46 Mitglieder des Stadtrates (80,7 %) anwesend.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse und der Hauptsatzung des Stadtrates  
Vorlage: V/2012/10437  
*im Hauptausschuss zurückgestellt*
  - TOP 6.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten  
Vorlage: V/2011/10247  
*abgesetzt*
  - TOP 7.11 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2012/10468  
*abgesetzt*
  - TOP 7.12 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstückverkauf für investive Maßnahmen an Schulen  
Vorlage: V/2012/10476  
*abgesetzt*
- 

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Hortbus nach Kanena vorliege und bat um Diskussion über die Dringlichkeit und Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verwies darauf, dass der Stadtrat von der veränderten Situation nicht hinreichend informiert wurde. Er bat darum, zu beachten, dass bei einer Schließung der Schule eine ungefähre Einsparung von 200.000 € die Bezahlung des Hortbusses mit 3.800 € entgegensteht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte den Vorschlag, die Eltern und Schüler in die Gespräche zu diesem Thema mit einzubeziehen und in einem nächsten Bildungsausschuss über das Ergebnis zu berichten.

Daraufhin zog **Herr Krause, SPD-Fraktion**, den Dringlichkeitsantrag zurück, unter dem Vorbehalt der fristgerechten Einbringung.

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte über einen weiteren Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zukunft des Thalia Theaters Halle  
Vorlage: V/2012/10574

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass die am 16.03.2012 im Aufsichtsrat der Theater-Oper-Orchester GmbH getroffenen Entscheidungen erhebliche Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2012/2013 haben. Die Verkürzung der Sparte und die Wegnahme des Jugendbereiches sowie das nur noch stattfinden lassen von Kindertheater würde einen gravierenden Eingriff in den Gesellschaftervertrag darstellen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass die Dringlichkeit nicht nachvollzogen werden kann und deshalb der Antrag abzulehnen sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:**  
Vorlage: V/2012/10574

**mit mehr als 2/3-Mehrheit einstimmig abgelehnt**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, beantragte, dass der Punkt 3.2 aus der nicht öffentlichen Sitzung

Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe in der Stadt Halle (Saale) – Förderung von Angeboten Schulsozialarbeit der Träger der freien Jugendhilfe bis 2013  
Vorlage V/2012/10420

in den öffentlichen Teil genommen wird, da es hier um öffentliches Steuergeld geht, welches für bestimmte Förderprogramme ausgereicht wird.

**Herr Kogge, Beigeordneter Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, verwies darauf, dass die Vorlage bewusst in den nichtöffentlichen Teil gegeben wurde mit der Begründung, 1. dass die Trägerinteressen zu schützen sind, 2. sich ein Träger in einer schwierigen Situation befinde und 3. dass in den Vorberatungen sich Situationen bei Nachfragen ergeben haben, dass einzelne Personen bzw. Träger detailliert genannt werden mussten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ergänzte die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Kogge dahingehend, dass in der Anlage dezidiert steht, wie viel Personalstellen es gibt und so rückgeschlossen werden könne, welche Personen welche Gehälter bekämen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, konnte den Argumenten nicht zustimmen, da die Fördermittelvergabe öffentlich sei und es deshalb in der Stadt transparent diskutiert werden sollte.



- 5.5 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012)  
Vorlage: V/2011/10219
6. Wiedervorlage
- 6.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse und der Hauptsatzung des Stadtrates*  
Vorlage: V/2012/10437 *abgesetzt*
- 6.2 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten*  
Vorlage: V/2011/10247 *abgesetzt*
- 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2011/10078
- 6.4 Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration  
Vorlage: V/2012/10372
- 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"  
Vorlage: V/2010/09362
- 6.5.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)  
Vorlage: V/2011/10191
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt  
Vorlage: V/2012/10477
- 7.1.1 Änderungsantrag zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt (V/2012/10477)  
Vorlage: V/2012/10509
- 7.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)  
Vorlage: V/2012/10541
- 7.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Planungen des Landes für die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt „Frohe Zukunft"  
Vorlage: V/2012/10521
- 7.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen  
Vorlage: V/2012/10419

- 7.4 Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang zum Göbelbrunnen  
Vorlage: V/2012/10421
- 7.5 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses  
Vorlage: V/2012/10443
- 7.5.1 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Gemeinsamen Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses (V/2012/10443)  
Vorlage: V/2012/10580
- 7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2012/10461
- 7.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung einer Beteiligung am Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften“  
Vorlage: V/2012/10463
- 7.8 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginn von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern  
Vorlage: V/2012/10456
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einreichung einer Verfassungsbeschwerde gegen das geänderte Finanzausgleichsgesetz  
Vorlage: V/2012/10467
- 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung von neuen Fördermöglichkeiten zum Breitbandausbau  
Vorlage: V/2012/10465
- 7.11 *Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011*  
Vorlage: V/2012/10468 abgesetzt
- 7.12 *Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen*  
Vorlage: V/2012/10476 abgesetzt
- 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung von Anreizsystemen für bürgerschaftliches Engagement  
Vorlage: V/2012/10539
- 7.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung der Errichtung einer Online-Plattform für (H)alle  
Vorlage: V/2012/10540
- 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bei städtischen Immobilien

Vorlage: V/2012/10527

- 7.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung des Stadtrates bei der Beantragung von Städtebaufördermitteln  
Vorlage: V/2012/10528
- 7.17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur langfristigen Gestaltung des Riebeckplatz-Viertels  
Vorlage: V/2012/10532
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10436
- 8.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu geplanten Baumfällungen in der Fiete-Schulze-Straße  
Vorlage: V/2012/10435
- 8.3 Anfrage der CDU-Fraktion zur Information der Stadt über die Mitarbeiterzahlen  
Vorlage: V/2012/10434
- 8.4 Anfrage der Stadträtin Elisabeth Nagel (Fraktion DIE LINKE.) zur Erschließung der Solequelle auf dem Holzplatz  
Vorlage: V/2012/10438
- 8.5. Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE.) zur Thematik "Finanzielle Sicherung der Begegnungsstätten"  
Vorlage: V/2012/10439
- 8.6 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Verteilung der städtischen Logenplätze im Erdgas Sportpark Halle  
Vorlage: V/2012/10444
- 8.7 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungen für Kapazitätserweiterungen in Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: V/2012/10376
- 8.8 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Neubesetzung einer Amtsleiterstelle  
Vorlage: V/2012/10447
- 8.9 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Ehrung von Prof. Hermann Goltz  
Vorlage: V/2012/10458
- 8.10 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Eingliederungshilfen für behinderte Menschen  
Vorlage: V/2012/10457
- 8.11 Anfrage Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beteiligung der Stadt Halle am KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“  
Vorlage: V/2012/10452

- 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Dialogforum Flughafen Leipzig/Halle  
Vorlage: V/2012/10455
- 8.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Brandschutzmaßnahmen in Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2012/10449
- 8.14 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu einer transparenten Beschlusskontrolle  
Vorlage: V/2012/10451
- 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auszahlung von städtischen Fördermitteln im Jahr 2011  
Vorlage: V/2012/10466
- 8.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur städtischen Kontrolle der Umweltzone  
Vorlage: V/2012/10464
- 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der Stellplatzablösebeträge  
Vorlage: V/2012/10462
- 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Breitbandversorgung in halleschen Schulen  
Vorlage: V/2012/10460
- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu freiwilligen Leistungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10454
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrsdatenerhebungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10450
- 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Stadtgärtnerei und des Stadtschulgartens  
Vorlage: V/2012/10448
- 8.22. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stadtbibliothek  
Vorlage: V/2012/10446
- 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zahlungen der Stadt für PPP-Projekte und Lebenszyklusprojekte im Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: V/2012/10445
- 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auslastung von Parkplätzen in der Altstadt und am Altstadtring  
Vorlage: V/2012/10442
- 8.25 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zum STARK III - Förderprogramm  
Vorlage: V/2012/10522

- 8.26 Anfrage der CDU-Fraktion zum Durchgangsverkehr in Ammendorf  
Vorlage: V/2012/10370
- 8.27 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zum stadtplanerischen Ideenwettbewerb "Zukunftspreis" für Halle an der Saale  
Vorlage: V/2012/10514
- 8.28 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Überprüfung von Festsetzungen in Bebauungsplänen  
Vorlage: V/2012/10515
- 8.29 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur baulichen Situation an Schulen  
Vorlage: V/2012/10518
- 8.30 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE.) zu Migranten/innen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10520
- 8.31 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Einführung eines Handy-Stadtführers in Halle  
Vorlage: V/2012/10516
- 8.32 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Solaratlasses für Halle  
Vorlage: V/2012/10517
- 8.33 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum Länderspiel U21  
Vorlage: V/2012/10534
- 8.34 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur öffentlichen Stellenausschreibung Amtsleiter/in für das Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen  
Vorlage: V/2012/10536
- 8.35 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum aktuellen Sachstand Bau einer Ballsporthalle  
Vorlage: V/2012/10538
- 8.36 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen  
Vorlage: V/2012/10533
- 8.37 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu kommunalen Grundschulen  
Vorlage: V/2012/10535
- 8.38 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Leerstand von Mietflächen  
Vorlage: V/2012/10537
- 8.39 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Zustand des halleschen Wasserleitungsnetzes  
Vorlage: V/2012/10531

- 8.40 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Landesfördermitteln zur Oberflächen- und Grundwasserproblematik  
Vorlage: V/2012/10530
- 8.41 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu AsylbewerberInnen und Asylberechtigten in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10526
- 8.42 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur städtischen Öffentlichkeitsarbeit für Leistungen nach dem SGB II  
Vorlage: V/2012/10529
- 8.43 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu mehrsprachigen Informationsangeboten der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2012/10525
- 9. Mitteilungen
  - 9.1 Energiebericht 2011  
Vorlage: V/2012/10365
  - 9.2 Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10489
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
  - 11.1 Anregung Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle am Kongress „Stadtleben in 3D“ der Stiftung „Lebendige Stadt“  
Vorlage: V/2012/10459
- 12. Anträge auf Akteneinsicht
  - 12.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in den Nutzungsvertrag der Stadt Halle (Saale) zur Konzerthalle Ulrichskirche
  - 12.2 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in sämtliche Unterlagen bzgl. der Ausschreibung der Veräußerung des Grundstücks Solbad Wittekind

### **zu 3      Genehmigung der Niederschrift vom 29.02.2012**

---

#### HINWEIS

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass zum Baubeschluss HES (Vorlagennummer: V/2010/08946) nach der Verschickung der Niederschrift eine Änderung erforderlich war. Teile des Beschlusspunktes 3 (neu 2) wurden versehentlich doppelt dargestellt.

Richtig heißt es:

**zu 5.7 Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES),  
4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100  
Vorlage: V/2010/08946**

**Beschluss (in geänderter Form):**

**Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der Hupterschließungsstraße.**

**Weiterhin beschließt der Stadtrat:**

- 1. Die Querung der Hupterschließungsstraße im Zuge des Hobergweges plangleich auszubilden.**
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Planung unter Bezug auf das Verkehrspolitische Leitbild der Stadt Halle zur Berücksichtigung eines optimalen Schallschutzes gemäß DIN 18005 mit folgenden zusätzlichen Schallschutzmaßnahmen entsprechend Anlage 6.2 fortzuführen:**
  - Verlängerung der Schallschutzwand (h = 2,0 m) in Richtung Delitzscher Straße um ca. 210 m**
  - Verlängerung des Schallschutzwalles (h = 2,0 m) um ca. 200 m nach Norden in Richtung Berliner Straße**
  - Errichtung einer Schallschutzwand (h = 1,0 bis 2,0 m) in Richtung Norden bis einschließlich Bauwerk 10 von ca. 400 m**

**Angestrebt wird, dass die Schallschutzmaßnahmen unter Nutzung von Synergieeffekten aus der Kombination mit Anlagen zur Solarenergiegewinnung finanziert werden oder eine andere für den städtischen Haushalt neutrale Lösung gefunden wird.**

- 3. Mit dem Fördermittelgeber ist die Finanzierung für die schnellstmögliche Realisierung des 4. Bauabschnittes abzustimmen. Dies kann auch beinhalten, dass Teil- oder Unterabschnitte gebildet und gefördert werden.**

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 30. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.02.2012.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

**zu 4            Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 29.02.2012  
                  gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 29.02.2012 gefassten Beschlüsse:**

**zu 3.1 Verleihung des Ehrentitels >>Kammersängerin<<  
Vorlage: V/2012/10400**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Verleihung des Ehrentitels »Kammersängerin« an Frau Romelia Lichtenstein zu.

---

**zu 3.2 Vergabebeschluss: Amt 37-L-01/2011: Lieferung einer Drehleiter  
Vorlage: V/2011/10350**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, der Firma IVECO MAGIRUS Brandschutztechnik GmbH aus Görlitz für den Leistungszeitraum vom 02.03.2012 bis 15.12.2012 mit einer Bruttosumme von 511.088,28 € den Zuschlag zu erteilen.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Jahresabschluss 2010 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin  
Vorlage: V/2012/10411**

---

(Herr Bauersfeld nahm aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 4 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

<b><u>Abstimmungsergebnis:</u></b>	<b>Einzelabstimmung der Beschlusspunkte</b>
	<b>Beschlusspunkte 1 bis 3: mehrheitlich zugestimmt</b>
	<b>Beschlusspunkt 4: mehrheitlich zugestimmt</b>

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird in der von der CONNEX.M&P AUDIT Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 29. April 2011 sowie am 07. November 2011 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	40.352,27 €.
Die Bilanzsumme beträgt	2.234.322,86 €.

2. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin, Frau Renate Scherbel, wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

**zu 5.2 Jahresabschluss 2010 der Stadion Halle Betriebs GmbH**  
**Vorlage: V/2012/10478**

---

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Bönisch, Herr Dr. Diaby sowie Herr Hajek nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 4 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** Einzelabstimmung der Beschlusspunkte  
Beschlusspunkte 1 bis 3: mehrheitlich zugestimmt  
Beschlusspunkt 4: mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Stadt Halle (Saale) der Stadion Halle Betriebs GmbH wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010, der einen Jahresfehlbetrag von 141,80 € ausweist, wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 141,80 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Egbert Geier, wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.
4. Die Mitglieder des Beirates werden für das Geschäftsjahr 2010 entlastet.

**zu 5.3 Stadtbahnprogramm Halle ´25 Stufenbeschluss zur Stufe 1**  
**Vorlage: V/2012/10404**

---

Herr Kley, FDP-Fraktion, kritisierte die Vorgehensweise zum Beschluss. Der Inhalt des Programms sei noch nicht ausreichend bekannt und diskutiert worden.

Herr Stäglin, Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen, erinnerte an die anderen Fachausschüsse, wo eine Diskussion zu den einzelnen Maßnahmen stattgefunden habe. Auch wurde dort über einen Grundsatzbeschluss gesprochen, welcher mit dieser Vorlage jetzt vorliegt. Natürlich müssen dann noch separate Gestaltungsbeschlüsse erarbeitet und beschlossen werden. Im Moment gehe es hier um eine Legitimation und eine Bestätigung für die Fördermittelanträge.



**zu 5.5 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012)  
Vorlage: V/2011/10219**

---

Es gab keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. **Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 zu. (Anlage 1)**
2. **Der Stadtrat nimmt die geplanten Standortveränderungen/Standorterweiterungen und die Planungsschwerpunkte für das Jahr 2012 zur Kenntnis. (Anlage 2)**
3. **Für die im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen wird die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG (Personal- und Sachkostenfinanzierung aufgrund der Ist-Belegung) im Haushalt 2012 sichergestellt. (Anlage 3a und 3b)**

**zu 6 Wiedervorlage**

**zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2011/10078**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass die Unterfinanzierung des städtischen Haushaltes immense Probleme bereite. Seine Fraktion teilt die Auffassung, dass die Unterfinanzierung auch daran liegt, dass es vom Land zu wenige Zuweisungen für gesetzliche Aufgaben gibt. Die Finanzausgleichssumme, die Halle vom Land erhält, sei zu niedrig. Aus diesem Grund soll zur Untermauerung des städtischen Standpunktes ein Gutachten erstellt werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte Herrn Paulsen vom Prinzip her zu, bat aber zu beachten, dass das Land gerade dabei ist, die Grundlagen für das FAG zu überarbeiten. Diese Überarbeitung des Finanzausgleichs der nächsten Jahre ist abzuwarten, ehe ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben werde. In diesem Zusammenhang stellte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf auf die nächste Sitzung des Stadtrates zu verschieben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Vorschlag zustimmte, wurde der TOP 6.3

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2011/10078

auf die nächste Stadtratssitzung verschoben.

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin auf die  
**Stadtratssitzung April 2012**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadt Halle (Saale) setzt sich im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt für die Beauftragung eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Bestimmung des auskömmlichen aufgabenbezogenen Finanzbedarfs aller Kommunen im Bundesland ein. Dieses sollte in der zweiten Jahreshälfte 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.*

**zu 6.4 Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration  
Vorlage: V/2012/10372**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, schlug im Namen ihrer Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion die Bildung einer Arbeitsgruppe vor und bat um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass es nicht Sache des Stadtrates sei, die Verwaltung mit der Bildung einer Arbeitsgruppe zu beauftragen und festzulegen, welche Mitarbeiter aus der Verwaltung dort mitarbeiten.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, äußerte sich dahingehend, dass der Stadtrat sich für die Bildung einer Arbeitsgruppe einsetzen kann und dieser sich gern an dem Prozess beteiligen möchte. Nach Auffassung ihrer Fraktion seien ebenfalls die Fachämter der Stadtverwaltung in dieser Arbeitsgruppe zu beteiligen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stellte zusammenfassend klar, dass sie dem Antrag zustimmt, wenn es der Verwaltung freigestellt sei, die Arbeitsgruppe zu gestalten auch was die Frage, ob Fachämter oder Stabsstellen oder ähnliches eingesetzt werden, betrifft.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, bat darum zu beachten, dass es bei dieser Aufgabe nicht nur um Qualität geht, sondern dass diese Aufgabe als Querschnittsaufgabe betrachtet werden müsse.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, stellte abschließend fest, dass er den Antrag eigentlich für überflüssig erachte, da jederzeit ein Ausschuss beschließen kann, das Thema des Indikatorensystems auf die Tagesordnung zu setzen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im I. // Quartal 2012 eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die durch die Stadtverwaltung geplante Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration begleitet. Beteiligt werden sollen InteressenvertreterInnen von Menschen mit Migrationshintergrund, der Stadtrat und die Fachämter der Stadtverwaltung, insbesondere die Bereiche Personal, Wirtschaftsförderung, Bürgerservice, Jugendhilfe und Sozialplanung.
2. Das Gremium wird damit beauftragt, an der Entwicklung und Fortschreibung der Indikatoren mitzuwirken und über Verbesserungsbedarf und -maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beraten.

zu 6.5 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"**  
Vorlage: V/2010/09362

zu 6.5.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)**  
Vorlage: V/2011/10191

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erinnerte an den eigentlichen Inhalt des Antrages, dem Beitritt zur Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern, welche vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas erarbeitet wurde. Mittlerweile hätten sich schon mehrere ostdeutsche Städte den Inhalt dieser Charta auf die Fahne geschrieben, wie z. B. Leipzig (Beitritt im Februar 2012) und Dresden (Beitritt noch in diesem Jahr).

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, verwies darauf, dass es schwierig sei, gegen einen solchen Antrag zu sprechen, um nicht in den Verdacht zu geraten, gegen Gleichstellung zu sein. Doch auch nach den stattgefundenen Workshops und Foren zu diesem Thema kann sie dem nicht zustimmen, da die Umsetzung richtig viel Geld kosten wird, welches die Stadt nicht hat. Außerdem gibt es auch schon ein Antidiskriminierungsgesetz und andere Projekte in diesem Bereich. Aus diesen Gründen bat sie darum, dem Antrag nicht zuzustimmen.

**Frau Haupt, SPD-Fraktion**, erklärte, dass ihre Fraktion diesem Antrag zustimmen werde, da Gleichstellung noch nicht überall, auch nicht in der Stadtverwaltung, gegeben ist. Sie ermutigte die Stadträte, dem Antrag zuzustimmen und zu beschließen.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, schloss sich den Ausführungen von Frau Haupt an und erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Antrag und verwies darauf, dass man sich nicht nur auf Kostengründe berufen kann, sondern es darum geht, einen Aktionsplan aufzustellen.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass die Erfüllung der Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern viel Arbeit und einen großen finanziellen

Aufwand darstellen wird und bat Frau Oberbürgermeisterin Szabados, die Zustimmung zu diesem möglicherweise sehr kostenintensiven Projekt zu überdenken.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** äußerte sich auf die Bitte von Herrn Bönisch dahingehend, dass noch nicht in allen Bereichen der Gesellschaft die Gleichstellung von Frauen und Männern hergestellt und es deshalb notwendig sei, einen Gleichstellungs-Aktionsplan vorzulegen, welcher dann durch den Stadtrat beschlossen werden kann. Dabei sollte angesichts der Haushaltssituation abgewogen werden, was unbedingt notwendig wäre für die Stadt und was nicht.

Die Umsetzung des Aktionsplanes wird als Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadtverwaltung gesehen.

Aus diesem Grund bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM**, äußerte sich im Namen ihrer Fraktion dahingehend, den Beitritt in die Charta als Chance in die richtige Richtung zu sehen und lehnte deshalb den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab.

Der Aktionsplan sei durch die Verwaltung in den verschiedenen Fachbereichen zu erarbeiten und es sollte auch als Zeichen für den Haushalt verstanden werden, konzentrierter an den Haushaltsdiskussionen zu arbeiten.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, schloss sich den Worten von Frau Raab an, mit dem Hinweis, auch ohne den Beitritt in die Charta die dort festgeschriebenen Aufgaben und Ziele zu beachten.

Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass zu Anfang der Haushaltsdiskussion in den Streichlisten auch über den Austritt der Stadt aus Vereinigungen und Verbänden diskutiert wurde, um einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Auch ohne einen Beitritt in die Charta kann viel für die Gleichstellung getan werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies darauf, dass der Beitritt kein Geld kosten würde.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, präzierte ihre Aussagen zur Ablehnung des Beitritts mit folgenden Punkten:

„ . . . öffentliches Beschaffungs- und Vertragswesen §12: „Man verpflichtet sich, jenen Mitarbeiter/innen oder Berater/innen der Unterzeichnerin/des Unterzeichners, die mit Aufgaben des öffentlichen Beschaffungswesens und der Auftragsvergabe befasst sind, muss bewusst sein, für die Dimension der Geschlechtergleichstellung in ihrer Arbeit vermittelt werden, auch durch entsprechende Weiterbildung.“

Punkt f: „Es ist auch sicherzustellen, dass man das auch von allen Unternehmen verlangt, die man jemals irgendwie mit irgendetwas beauftragen will.“

In diesem Zusammenhang wies **Frau Raab**, darauf hin, dass sich die Kontrolle der Umsetzung sehr schwierig gestalten würde. Auch wäre es sinnvoller, selbst Ziele zu entwickeln, wie die Gleichstellung in der Stadt, angepasst an die Bedarfe, umgesetzt werden kann.

**Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ging auf die Wortmeldungen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ein und erklärte, dass der Beitritt zur Charta eine politische Absichtserklärung darstellt. Im ersten Beschlusspunkt geht es darum zu klären, welche Ziele wichtig

sind und wie sie erreicht werden können. Der zweite Beschlusspunkt beinhaltet die Erarbeitung eines Aktionsplanes, welcher innerhalb der Verwaltung erstellt werden soll. Er wies noch einmal darauf hin, dass die jetzigen Beschlüsse keine Kosten verursachen werden.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erklärte, dass durch die Aussage von Frau Oberbürgermeisterin Szabados zur internen Erstellung des Gleichstellungs-Aktionsplanes, der Änderungsantrag durch seine Fraktion zurückgezogen wird.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, äußerte sich zu den Ausführungen von Herrn Paulsen dahingehend, dass die Charta konzeptionell schlecht erarbeitet sei und er deshalb keine Zustimmung zu einem Beitritt geben wird.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Krause, SPD-Fraktion**, darum, das Thema ernst zu nehmen und sich die unterschiedlichen Argumente anzuhören.

Abschließend meldete sich **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, zu Wort und bat um eine seriöse Argumentation zum Thema Gleichstellung. Er bat zu überdenken, dass es zum Beispiel auch viele Probleme mit der Straßenverkehrsordnung gibt und hierbei auch keine Anträge zur Einhaltung dieser gestellt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 6.5.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)  
Vorlage: V/2011/10191**

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen  
durch den Antragsteller

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusspunkt 2 erhält folgende Formulierung:*

*2. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes notwendig ist und legt gegebenenfalls dem Rat einen Beschlussvorschlag vor.*

*Der Beschlusspunkt 3 wird neu eingefügt:*

*3. Die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes, ~~die mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre, ist untersagt~~ **hat kostenneutral zu erfolgen.***

**zu 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"  
Vorlage: V/2010/09362**

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

## **Beschluss:**

- 1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) durch die Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu bekunden.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie regelmäßig über den Entwicklungsstand im Sozial, Gesundheit- und Gleichstellungsausschuss zu berichten.**

### **zu 7      Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 7.1      Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt  
Vorlage: V/2012/10477**

**zu 7.1.1    Änderungsantrag zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt (V/2012/10477)  
Vorlage: V/2012/10509**

**zu 7.1.2    Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt  
(Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)  
Vorlage: V/2012/10541**

---

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion,** berichtete über den Inhalt des Antrages zur Benennung einer Straße nach Willy Brandt. Seine Fraktion schlägt die Philipp-Müller-Straße zur Umbenennung vor.

In erster Linie gehe es um die Ehrung von Willy Brandt für sein Einsetzen für Entspannung, für Ausgleich zwischen den Völkern, insbesondere Osteuropas und für die Politik des Friedens. Als zeitlicher Anlass wird in diesem Jahr sein 20. Todestag und 2013 die Jähung seines 100. Geburtstag gesehen.

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion,** ging in seinen Ausführungen auf weitere verdienstvolle Persönlichkeiten Deutschlands ein, wie z. B. Karl von Ossietzky, Albert Schweitzer und auch August Bebel, welche schon durch eine Straßenbenennung geehrt worden sind. Diese Ehre sollte auch Willy Brandt gewährt werden.  
Aus diesem Grund stellte die SPD-Fraktion den Antrag zur Umbenennung der Philipp-Müller-Straße in Willy-Brandt-Straße.

**Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE,** konnte dem Ansinnen der SPD-Fraktion zwar folgen, wies aber darauf hin, dass seine Fraktion ein Problem damit habe, die Philipp-Müller-Straße umzubenennen und die Fraktion schlägt aus diesem Grund vor, die sogenannte HES Europa Chaussee in Willy-Brandt-Allee umzubenennen.

Aus Sicht seiner Fraktion stellte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, klar, dass jetzt, wo der Antrag gestellt wurde, dieser nicht abgelehnt werden kann, da Willy Brandt ein wirklich herausragender Demokrat, ein Vertreter der Politik in Deutschland gewesen ist. Deshalb wird die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, erklärte seine Freude darüber, dass jetzt über die Umbenennung der Philipp-Müller-Straße diskutiert wird, da ein gleicher Antrag der FDP-Fraktion schon einmal abgelehnt wurde. Gleichzeitig wies er aber auch darauf hin, dass es im Vorfeld zu solchen Politikerbenennungen im Stadtrat eine gemeinsame Diskussion dazu geben sollte.

In diesem Zusammenhang gab **Herr Krause, SPD-Fraktion**, den Hinweis, dass im Sommer letzten Jahres ein Antrag zu einem gemeinsamen Verfahren eingebracht wurde, welcher leider nicht die Mehrheit gefunden hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der Änderungsanträge und des Antrages.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt (V/2012/10477)  
Vorlage: V/2012/10509**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Die Philipp-Müller-Straße wird aus Anlass des 20. Todestages von Willy Brandt im Oktober 2012 in Willy-Brandt-Straße **Lindenallee** umbenannt.*

**zu 7.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)  
Vorlage: V/2012/10541**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

*Die **Haupterschließungsstraße (HES)** wird aus Anlass des 20. Todestages von Willy Brandt im Oktober 2012 in **Willy-Brandt-Allee** umbenannt.*

**zu 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt  
Vorlage: V/2012/10477**

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt  
25 Ja-Stimmen  
18 Nein-Stimmen  
6 Enthaltungen

**Beschluss:**

Die Philipp-Müller-Straße wird aus Anlass des 20. Todestages von Willy-Brandt im Oktober 2012 in Willy-Brandt-Straße umbenannt.

**zu 7.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Planungen des Landes für die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt „Frohe Zukunft“  
Vorlage: V/2012/10521**

---

Herr Felke, SPD-Fraktion, machte in seinen Ausführungen zum Antrag deutlich, dass in den letzten Wochen viel zum Thema der Erweiterung der Justizvollzugsanstalt „Frohe Zukunft“ diskutiert wurde; zum Teil emotional, sachlich oder weniger sachlich.

In der Informationsveranstaltung des Justizministeriums wurde deutlich gemacht, dass das Land eine Konzentration der Standorte der Justizvollzugsanstalten vornehmen will. Ein Beschluss dazu wurde am 21. Februar im Kabinett herbeigeführt. Allerdings können die endgültigen Entscheidungen nur durch den Landtag, das Landesparlament, vorgenommen werden.

Von Seiten der Stadt sollte eine sachliche Begleitung in Form der Forderung eines Bebauungsplanes angestrebt werden. Und es muss der Stadt gelingen, eine geordnete städtebauliche Entwicklung an diesem Standort vorzunehmen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich erstaunt über diesen Antrag, weil dieser nur die Einhaltung der bestehenden Rechtslage fordert. Da seine Fraktion davon ausgehe, dass sich Frau Ministerin Kolb und auch ihr Ministerium eigenständig an Recht und Gesetz halten werden, sei dieser Antrag nicht notwendig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber dem Land sicherzustellen, dass die Planungen zur Haftanstalt im Stadtgebiet Frohe Zukunft auf der Grundlage geltenden Planungsrechts vollzogen werden.

Das Land ist darauf hinzuweisen, dass bei einer Flächenerweiterung die Änderung des Flächennutzungsplans und die Erarbeitung eines Bebauungsplans erforderlich sind.

Bei den Planungen ist die Mitsprache der Stadt Halle zu wahren. Bei der Erweiterung der Justizvollzugsanstalt ist eine geordnete städtebauliche Entwicklung anzustreben.

**zu 7.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen**  
**Vorlage: V/2012/10419**

---

**Herr Dr. Wendt, SPD-Fraktion**, bat um Zustimmung für den Antrag, da das Wiederverwenden und Recyceln von Motorenöl einen ökonomischen Nutzen für den Umweltschutz darstellt.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, brachte sein Erstaunen zum Ausdruck, dass im Antrag eine bestimmte Firma genannt wurde und wies darauf hin, dass die Empfehlung von Herstellern nicht in den Stadtrat gehört.

**Herr Dr. Wendt, SPD-Fraktion**, verwahrte sich gegen die Unterstellung einer bestimmten Interessenvertretung. Er vertrete die Interessen der Stadt und bat nochmals um die Zustimmung des Antrages.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussionen verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Antrag in den Ordnungs- und Umweltausschuss zur abschließenden Erörterung.

Weil der Hintergrund des Antrages wirtschaftlich sei, verwies **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, den Antrag noch zusätzlich in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin  
**Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit, die sogenannte Öldialyse bei Fahrzeugen des Fuhrparks der Stadtverwaltung sowie der Eigenbetriebe der Stadt Halle (Saale) anzuwenden. Daneben macht die Stadtverwaltung ihren Einfluss auf städtische Unternehmen geltend, eine solche Prüfung ebenfalls durchzuführen.*

**zu 7.4 Antrag des Stadtrates Robert Bonan (SPD-Stadtratsfraktion) zum barrierefreien Zugang zum Göbelbrunnen**  
**Vorlage: V/2012/10421**

---

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, gab zu bedenken, dass der Gestalter des Brunnens, Herr Professor Göbel, wahrscheinlich auch die optische Wirkung der Einfassung des Brunnens bedacht hätte. Bei Änderungen sollte er auf jeden Fall befragt werden. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass es auch ein Finanzproblem darstellen wird, die Barrierefreiheit herzustellen.

Deshalb wird der Antrag im Namen der CDU-Fraktion in den Kulturausschuss, den Planungsausschuss und in den Finanzausschuss verwiesen. Außerdem sollte zu dieser Problematik Herr Professor Göbel in den Kulturausschuss geladen werden

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Kulturausschuss,**  
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten,**  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Zugang zum Göbelbrunnen für Rollstuhlfahrer wird realisiert.*

**zu 7.5      Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines  
Stadtratsbeschlusses  
Vorlage: V/2012/10443**

**zu 7.5.1    Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum  
Gemeinsamen Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines  
Stadtratsbeschlusses (V/2012/10443)  
Vorlage: V/2012/10580**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion,** verwies darauf, dass vor über 2 Jahren die Stadtverwaltung zugesagt habe, eine Vorlage zu erstellen, in welcher Art und Weise für Radfahrer Einbahnstraßen geöffnet werden können und wie weit die Benutzungspflicht für Radwege noch bestehen muss und ähnliches.

Seine Fraktion sei nicht bereit anzunehmen, dass erst am 12.12.2012 ein Bericht dazu von der Verwaltung vorgelegt wird.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM,** äußerte sich im Namen ihrer Fraktion dahingehend, dass der Änderungsantrag trotzdem gestellt wird zum Dezember 2012, damit eine Umsetzung des Beschlusses erwirkt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates,** bat um Abstimmung des Änderungsantrages und des Antrages.

**zu 7.5.1    Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum  
Gemeinsamen Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines  
Stadtratsbeschlusses (V/2012/10443)  
Vorlage: V/2012/10580**

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Beschluss des Stadtrates vom 25.11.2009 zur Radverkehrsförderung in Halle nach der Novellierung der STVO (V/2009/08415) wird von der Stadtverwaltung bis zum ~~30.06.2012~~ 12.12.2012 umgesetzt.

**zu 7.5      Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines  
Stadtratsbeschlusses  
Vorlage: V/2012/10443**

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss (in geänderter Form):**

Der Beschluss des Stadtrates vom 25.11.2009 zur Radverkehrsförderung in Halle nach der Novellierung der STVO (V/2009/08415) wird von der Stadtverwaltung bis zum 12.12.2012 umgesetzt.

**zu 7.6      Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum  
Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek  
Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2012/10461**

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, sah in diesem Antrag eine interessante Option für die Bibliotheken. Es wäre jedoch noch zu klären, welche langfristigen Verbindungen eingegangen werden und welche Finanzverpflichtungen dauerhaft auf die Stadt zukommen. Aus diesem Grund wird der Antrag von der CDU-Fraktion in den Kulturausschuss und in den Finanzausschuss verwiesen.

**Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, machte als Vertreter der einbringenden Fraktion darauf aufmerksam, dass die von der CDU-Fraktion vorgebrachten Einwände aus finanzieller Sicht von Seiten der Verwaltung eigentlich schon beantwortet worden sind und in den Fachausschüssen jetzt eine inhaltliche Diskussion geführt werden sollte

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                      **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den  
**Kulturausschuss,**  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft des Verbundes der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt zu beantragen, um die Stadtbibliothek in diesen Verbund zu integrieren.*

**zu 7.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung einer Beteiligung am Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften“  
Vorlage: V/2012/10463**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begrüßte die Empfehlung der Verwaltung, den Antrag anzunehmen und bittet im Namen ihrer Fraktion um eine positive Befürwortung des Antrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Stadt Halle sich in dem vom Deutschen Städtetag unterstützten Programm „50 Kommunale Klimapartnerschaften“ engagieren kann. Die Prüfung soll auch den Aspekt aufgreifen, inwieweit bereits Partnerschaften der Stadt Halle (oder des Stadtwerkekonzerns) mit Regionen des Globalen Südens bestehen und in welcher Region eine solche Partnerschaft sinnvoll und für unsere Stadt besonders chancenreich sein kann.**

**zu 7.8 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern  
Vorlage: V/2012/10456**

---

**Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE.**, verwies auf leichte Änderungen im Antrag, mit den gleichen Intentionen. Es sollte deutlich gemacht werden, dass es für die Stadt Halle unabhängige Projekte seien, um die es hier ginge, welche an der Schwelle zwischen sogenannten freiwilligen und auch Pflichtaufgaben stünden.

Bei den Projekten handle es sich um präventive Maßnahmen, hinter denen auch Landesmittel in Aussicht gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund bat **Frau Haupt** im Namen ihrer Fraktion um Bestätigung des Antrages, damit die Förderung der Projekte fortgeführt werden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stellte klar, dass eigentlich ein neuer Antrag vorliege, da die Änderungen wesentlich sind. Erst wurde ein vorzeitiger Maßnahmebeginn angestrebt und jetzt wurde der Antrag zur Sicherstellung der Maßnahmen gestellt.

Da die Zustimmung des Antrages eine Ungleichstellung mit anderen Projekten darstellen würde, muss darüber noch einmal diskutiert werden.

Aus diesem Grund verwies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Anträge in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und in den Finanzausschuss.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, machte darauf aufmerksam, dass die Begründung des Antrages mit der Aufforderung an die Oberbürgermeisterin zur Fortführung der Projekte nicht gut gewählt sei.

Zu den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte sich **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dahingehend, dass jetzt das Stadium erreicht sei, wo die Projekte den vorzeitigen Maßnahmebeginn beantragt haben. Was aber nicht heißt, dass die Projekte in gleichem Umfang, wie sie bisher beantragt worden, gefördert werden. Sondern, dass sie ab dem Zeitpunkt, wo der vorzeitige Maßnahmebeginn gewährt wird, keinen Rechtsanspruch auf eine Bewilligung haben.

Aus diesem Grund bat sie um Kooperationsbereitschaft der Stadt mit dem Land, welches auch der Weiterführung von Projekten positiv gegenüber stehe.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf ihr Recht auf die Verweisung solcher Anträge in die Ausschüsse, da jetzt im Stadtrat keine Entscheidung für ein Einzelprojekt getroffen werden kann, wenn die Gesamtsituation nicht geklärt sei.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin  
**Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern fristgerecht beantragten vorzeitigen Maßnahmebeginne zu dem jeweils von den AntragstellerInnen beantragten Zeitpunkt zu bewilligen.*

**zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einreichung einer Verfassungsbeschwerde gegen das geänderte Finanzausgleichsgesetz  
Vorlage: V/2012/10467**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sprach an, dass auch über das aktuell gültige Finanzausgleichsgesetz vom Dezember letzten Jahres gesprochen werden muss.

Die Bemessungsgrundlage in diesem Gesetz sei relativ willkürlich gewählt, ohne sorgfältige Prüfung des kommunalen Finanzbedarfs. Hier wirkt sich nachteilig aus, dass die Altfehlbeträge mit einbezogen wurden, ebenso wie Konsolidierungsbemühungen und die Umgestaltung der Investitionspauschale. Die Stadt Halle musste als einzige Kommune Sachsen-Anhalts Nachteile hinnehmen.

Nach Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf Halle die Ungleichbehandlung nicht länger hinnehmen und die Fraktion stellte deshalb den Antrag erneut, Klage gegen das FAG vom Dezember 2011 einzureichen und bat um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, stimmte im Namen seiner Fraktion dem Ansinnen zu, beantragte aber gleichzeitig, die Entscheidung um einen Monat zu vertagen und nur dann eine Klage einzureichen, wenn die Stadt Halle nicht allein bleibt und noch andere Kommunen sich dieser Klage anschließen.

Auf die Rückfrage von **Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, an Herrn Bönisch, ob das jetzt einen Geschäftsordnungsantrag darstellt, wurde klargestellt, dass die CDU-Fraktion einem Prüfauftrag zur Einreichung einer Klage zustimmen wird.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, äußerte sich zustimmend zur Einreichung einer Beschwerde, da in den vom Land eingeholten Gutachten die Aufgabenbezogenheit nicht zum Ausdruck kommt. Angesichts dessen rät er dringend zu einer Klage, um dem Land auch die Grenzen aufzuzeigen, wie es mit den Kommunen umgehen kann, auch in der Hoffnung, bei zukünftigen Gesetzen eine auskömmliche Finanzierung zu erhalten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~eine Beschlussvorlage zur~~ die Einreichung einer kommunalen Verfassungsbeschwerde gegen das zuletzt am 21.12.2011 geänderte Finanzausgleichsgesetz (FAG) für 2012 im Hinblick auf eine unzureichende Finanzausstattung der Stadt Halle (Saale) zu prüfen und dem Stadtrat nachfolgend eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.**

**zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung von neuen Fördermöglichkeiten zum Breitbandausbau  
Vorlage: V/2012/10465**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte darauf aufmerksam, dass das Problem der Breitbandunterversorgung der Stadt, einen echten Wettbewerbsnachteil darstellt. Auch in Bezug auf Stadt der Wissenschaft.

Durch die Verwaltung ist zu prüfen, ob Landesfördermittel zu diesem Zweck beantragt werden können. Auch solle berücksichtigt werden, dass ein Programmaspekt der Stark III Förderung eine Breitbandanbindung von Schulen ermöglicht. Dem Stadtrat ist nachfolgend ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte bei Herrn Beigeordneten Neumann, Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, an, ob es einen Bericht oder eine Empfehlung zu diesem Thema gibt.

**Herr Neumann, Beigeordneter Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit,** informierte auf die Anfrage von Herrn Wolter, dass heute ein Papier dazu verteilt wurde.

Daraufhin stellte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** fest, dieses nicht zur Kenntnis bekommen zu haben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung:**

1. **Zu prüfen, ob mit den geänderten Förderbedingungen der Landesregierung die Stadt Halle Fördermittel zum Ausbau der Breitbandversorgung in unterversorgten Stadtvierteln beantragen kann.**
2. **Dem Stadtrat bei positivem Prüfergebnis eine Beschlussvorlage zum Einsatz derartiger Fördermittel für unterversorgte Stadtgebiete vorzulegen.**

**zu 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung von Anreizsystemen für bürgerschaftliches Engagement  
Vorlage: V/2012/10539**

---

**Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion,** begrüßte die Intention des Antrages, wies aber auch darauf hin, dass nicht klar erkennbar sei, welche Anreizsysteme für welches bürgerschaftliche Engagement gefördert werden sollen.

Deswegen wird der Antrag im Namen der SPD-Fraktion in den Kulturausschuss verwiesen.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** erklärte sein Erstaunen über die Verweisung des Antrages in den Kulturausschuss. Es gehe nicht darum Ehrungen durchzuführen, sondern ein bürgerschaftliches Engagement zu fördern und nicht nur im kulturellen Bereich.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gab zu bedenken, dass der Antrag umfassender gesehen werden muss und verwies ihn in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den  
**Kulturausschuss**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Hauptausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

*an welchen Stellen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle noch mehr für die Stadt tun können. Es sollen Anreizsysteme aufgezeigt und geprüft werden, die für bürgerschaftliches Engagement stärker sensibilisieren und es fördern könnte. Ziel ist es, bestehende Möglichkeiten für bürgerliches Engagement aus der Perspektive der Verwaltung abzubilden.*

**zu 7.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Prüfung der Errichtung einer Online-Plattform für (H)alle  
Vorlage: V/2012/10540**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, berichtete über seine Recherchen zum Thema Transparenz im Dialog mit den Bürgern und verwies auf die Online-Plattform „merker-brandenburg“.

Dort könnten Bürger online ihre Hinweise eingeben und mit einem Ampelsystem werde dann von der Verwaltung direkt darauf geantwortet.

In diesem Sinne sei auch der Antrag seiner Fraktion gemeint, eine Prüfung über schon bestehende Angebote der Verwaltung hinaus.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bat im Namen seiner Fraktion um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Herr Paulsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dankte Herrn Wolter für die Konkretisierung des Antrages und stellte klar, dass der Stadtrat erst im Januar 2012 mit der Zustimmung zu dem Antrag seiner Fraktion zur „Stärkung der BürgerInnenbeteiligung und Transparenz durch E-Government“ genau diese Prüfung bereits beschlossen habe. Daher könne seine Fraktion dem Antrag noch einmal zustimmen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die LINKE.**, gab zu bedenken, dass der für Finanzen zuständige Beigeordnete in seiner Antwort zum Antrag darauf hingewiesen hat, dass das Projekt 6,0 T EUR kostet, welche im Haushalt 2012 eingeplant waren, aber aufgrund der Sparbeschlüsse nicht mehr zur Verfügung stünden.

Seiner Meinung nach müsste das Thema wahrscheinlich noch einmal im Rahmen der Abschlussberatung zum Haushalt diskutiert werden.

Zusammenfassend stellte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fest, dass über den Antrag noch einmal diskutiert werden muss und sie verwies den Antrag in den Finanzausschuss und in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den  
**Hauptausschuss,  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt,*

- 1. die Einrichtung einer Online-Plattform für (H)alle zu prüfen, auf der Aufmerksame auf einfachem Wege mitteilen können, wo es eventuell Probleme und Mängel gibt, die zeitnah behoben werden können,*
- 2. bei der Einrichtung der Online-Plattform für (H)alle eine technische Lösung zu wählen, durch die einerseits alle Interessierten bereits gemeldete Mängel einsehen können und andererseits für jeden der aktuelle Bearbeitungsstand zu erkennen ist (z.B. Ampellösung) und*
- 3. zu prüfen, ob die Stadt Halle (Saale) im Land Sachsen-Anhalt die Initiative übernehmen kann, eine solche Plattform für alle landesweit einzurichten.*

**zu 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bei städtischen Immobilien  
Vorlage: V/2012/10527**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, führte ausführlich aus, dass mit dem Antrag auf die Fortschreibung des Energieberichtes reagiert werden soll. Dazu sollen Vorschläge aufgegriffen werden, indem die dort vorgeschlagenen Maßnahmen mit der höchsten Priorität in die Investitionsplanung der Stadt aufgenommen werden.

Konkret geht es um neun städtische Immobilien die dort aufgeführt sind, wo ein entsprechender Investitionsbedarf von 3,5 Mio. EUR ausgemacht wurde. Mit dem Geld können signifikante Einsparungen bei den Energiekosten erreicht werden, sodass eine Rendite von über 5 % erreicht werde.

Seine Fraktion empfiehlt die Prüfung dieser Maßnahmen bis Juli 2012 und bittet um die Zustimmung des Antrages.

Im Namen seiner Fraktion stimmte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, dem Antrag zu mit der Bemerkung, dass in einer anderen Vorlage im nicht öffentlichen Teil der Landesbaubetrieb aus Kosteneffizienzgründen die Projekte für Energieeffizienz heraus gestrichen habe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

### Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie in den nächsten drei Haushaltsjahren die in der Informationsvorlage „Energiebericht 2011“ (Vorlage V/2012/10365) benannten neun Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz (Erneuerung oder Austausch von Anlagentechnik bzw. bauliche Maßnahmen zur Wärmedämmung) an folgenden städtischen Objekten „mit hoher Priorität“:

- Gesundheitsamt (Stendaler Straße 7/8)
- Grünflächenamt, Abt. Friedhöfe (Liebenauer Straße 118)
- Kita „Der kleine Spatz“ (Ouluer Straße 2)
- Grundschule Diemitz Turnhalle (Apoldauer Straße 20)
- Konservatorium, Außenstelle (Platz Drei Lilien 3)
- Grundschule Ludwigsfeld Turnhalle (Wörmlitzer Straße 93)
- Grundschule Albrecht Dürer (Albrecht-Dürer-Straße 8)
- Grundschule Am Heiderand, Turnhalle (Carl-Schorlemmer-Ring 68)
- Turnhalle Albert-Dehne-Straße (Albert-Dehne-Straße 9 )

realisiert werden können. Zu prüfen sind Fremdfinanzierung und Eigenmitteleinsatz sowie der Einsatz von Fördermittelprogrammen (z.B. KfW). Ein Prüfergebnis ist dem Stadtrat im Juli 2012 als Beschlussvorlage vorzulegen.

### zu 7.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung des Stadtrates bei der Beantragung von Städtebaufördermitteln Vorlage: V/2012/10528

---

Da zu diesem Antrag noch Diskussionsbedarf besteht, verwies **Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungs- und Finanzausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### Abstimmungsergebnis:

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den  
**Planungsausschuss,**  
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

### Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ab dem kommenden Haushaltsjahr 2013 alle für eine Beantragung von Städtebaufördermitteln vorgesehenen Projekte vor Einreichung der entsprechenden Anträge dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.*

**zu 7.17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur langfristigen Gestaltung des Riebeckplatz-Viertels  
Vorlage: V/2012/10532**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erläuterte die Begründung des Antrages. An der Gestaltung des Riebeckplatz-Viertels sei kein Gesamtkonzept erkennbar, sondern es entstünden nur Einzellösungen.

Aus diesem Grund beantragte seine Fraktion, den Gestaltungswettbewerb auszuweiten.

Die Fraktion folge dem Vorschlag der Verwaltung und verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den Planungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den  
**Planungsausschuss**

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Die gemeinsame Auslobung (Stadt und HWG) eines Architekturwettbewerbes zur Neugestaltung der Brachflächen der abgebrochenen Hochhäuser am Riebeckplatz wird um einen städtebaulichen Ideenwettbewerb für die Neuordnung des gesamten Platzes erweitert.*
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die Fläche von der Magdeburger Straße/Einmündung Anhalter Straße im Norden bis zur ersten Gleisüberführung/Beginn der Delitzscher Straße im Osten, bis zur Einmündung der Merseburger Straße/Höhe Com-Center im Süden und der Einmündung Franckestraße/Höhe Haus des Lehrers im Westen.*
- 3. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat zur Information vorgestellt mit dem Ziel, einen städtebaulichen Rahmenplan/einen Bebauungsplan zu erarbeiten, an dem sich die aktuellen und alle folgenden Bauvorhaben orientieren.*

**zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten**

**zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Breitbandausbau in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10436**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.2     Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu geplanten  
Baumfällungen in der Fiete-Schulze-Straße  
Vorlage: V/2012/10435**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.3     Anfrage der CDU-Fraktion zur Information der Stadt über die  
Mitarbeiterzahlen  
Vorlage: V/2012/10434**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, verwies auf eine Pressemitteilung der Stadtverwaltung von Ende Januar 2012 mit der Veröffentlichung von Daten, dass die Mitarbeiterzahlen gesenkt worden sind und damit die Effizienz der Arbeit der Verwaltung deutlich erhöht worden sei.

Aufgrund von Nachfragen in der Verwaltung und laut einer Zuarbeit mit einer ämterscharfen Darstellung der Stellen geht seiner Meinung nach aber hervor, dass es überhaupt keine wirkliche Stellenreduzierung gab, sondern nur Verschiebungen in andere Bereiche. Diese Tatsache sei auch der Grund für die jetzige Anfrage.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bat darum, eine solche irreführende Pressemitteilung zukünftig nicht mehr zuzulassen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine nochmalige Stellungnahme der Verwaltung zu.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.4     Anfrage der Stadträtin Elisabeth Nagel (Fraktion DIE LINKE.) zur  
Erschließung der Solequelle auf dem Holzplatz  
Vorlage: V/2012/10438**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.5     Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE.) zur  
Thematik "Finanzielle Sicherung der Begegnungsstätten"  
Vorlage: V/2012/10439**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.6      Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Verteilung der städtischen Logenplätze im Erdgas Sportpark Halle  
Vorlage: V/2012/10444**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.7      Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungen für Kapazitätserweiterungen in Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: V/2012/10376**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, akzeptierte im Namen seiner Fraktion die Darstellung des Beigeordneten des Dezernates Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, Herrn Kogge, dass künftig eine statistische Erhebung erfolgt und deshalb vorausgesetzt wird, dass bei der nächsten Anfrage dazu konkrete Antworten erbracht werden.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.8      Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Neubesetzung einer Amtsleiterstelle  
Vorlage: V/2012/10447**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.9      Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Ehrung von Prof. Hermann Goltz  
Vorlage: V/2012/10458**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte an, ob in der für April vorgesehenen Beschlussvorlage zur Ehrung von Prof. Hermann Goltz auch der Ort für die Anbringung einer Gedenktafel geklärt sei, da noch in keinen Ausschuss darüber gesprochen wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sicherte eine Klärung zu.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.10     Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Eingliederungshilfen für behinderte Menschen  
Vorlage: V/2012/10457**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.11 Anfrage Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Beteiligung der Stadt Halle am KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“  
Vorlage: V/2012/10452**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.12 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Dialogforum Flughafen Leipzig/Halle  
Vorlage: V/2012/10455**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.13 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Brandschutzmaßnahmen in Kindertagesstätten  
Vorlage: V/2012/10449**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, wies Herrn Beigeordneten Kogge darauf hin, dass in einem Beschluss zum letzten Haushalt aufgeführt war, die Brandschutzmaßnahmen in den Schulen und Kindertageseinrichtungen zu priorisieren und Mittel dafür vorzuhalten. Bis heute liege ihr nichts vor.

Dazu führte **Herr Beigeordneter Kogge, Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, aus, dass zurzeit die zweite Tranche für die Brandschutzdiskussion für den Stadtrat vorbereitet wird. Momentan hätten die Schulen erste Priorität.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.14 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu einer transparenten Beschlusskontrolle  
Vorlage: V/2012/10451**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, begründete ihre Anfrage damit, dass die Kontrolle der Beschlüsse noch nicht transparent erfolgt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, konnte aufgrund eigener Erfahrungen dazu den von Frau Wolff gemachten Ausführungen zustimmen und sicherte eine weitere Klärung zu.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auszahlung von städtischen Fördermitteln im Jahr 2011**  
**Vorlage: V/2012/10466**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur städtischen Kontrolle der Umweltzone**  
**Vorlage: V/2012/10464**

---

Da die Antwort der Verwaltung schon längere Zeit zurückliegt, fragte **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, ob es jetzt einen neuen Sachstand hinsichtlich der Anordnung durch das Land bzw. die Einschätzung der Stadt gibt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** führte dazu aus, dass die Stadt Halle zusammen mit der Stadt Magdeburg beim Innenministerium interveniert habe, da die Städte nur im fließenden Verkehr für die Zuständigkeit der Kontrolle bei Geschwindigkeitsüberschreitungen zuständig seien.

Zurzeit gebe es noch keine Rechtsgrundlage dazu. Über den Städte- und Gemeindebund liege jetzt eine Einladung für das Innenministerium und die beiden Städte zur Klärung dieser Angelegenheit vor.

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der Stellplatzablösebeträge**  
**Vorlage: V/2012/10462**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Breitbandversorgung in halleschen Schulen**  
**Vorlage: V/2012/10460**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu freiwilligen Leistungen der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10454**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, machte deutlich, dass die Antwort der Verwaltung nicht zufriedenstellend sei. Angefragt war eine Darstellung, welche freiwilligen Leistungen im Haushalt enthalten sind und welche nicht mehr.

Auch die offenbar im Laufe der Stadtratssitzung verschickte Mail des Dezernates Finanzen und Personal zu diesem Thema beantwortete nicht die Anfrage seiner Fraktion.

Aus diesem Grund bat **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, um eine Überarbeitung der Unterlagen bis zu den Abschlussberatungen über den Haushalt.

In diesem Zusammenhang bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** um eine klare Fragestellung, damit auch eine konkrete Antwort gegeben werden kann.

**Herr Beigeordneter Geier, Dezernat Finanzen und Personal**, schloss sich den Ausführungen von Frau Oberbürgermeisterin Szabados an und fügte hinzu, dass in den Haushaltsdiskussionen zu jedem Produkt eine Produktbeschreibung und die Kennzahlendarstellung vorliege. Ebenso gibt es eine Passage mit der Darstellung von freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben. Insofern sei die Zuarbeit zur Anfrage erfüllt.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen und Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Verkehrsdatenerhebungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10450**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nachnutzung des Geländes der ehemaligen Stadtgärtnerei und des Stadtschulgartens  
Vorlage: V/2012/10448**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stadtbibliothek  
Vorlage: V/2012/10446**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zahlungen der Stadt für PPP-Projekte und Lebenszyklusprojekte im Haushaltsjahr 2012**  
**Vorlage: V/2012/10445**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auslastung von Parkplätzen in der Altstadt und am Altstadtring**  
**Vorlage: V/2012/10442**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.25 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zum STARK III - Förderprogramm**  
**Vorlage: V/2012/10522**

---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, erklärte sich mit der Antwort auf seine Anfrage, welche Projekte mit welchen Summen im Rahmen des STARK III Programms geplant sind, nicht einverstanden.

In der Antwort der Verwaltung wurde auf ein Handbuch zur Umsetzung des Förderprogramms STARK III verwiesen. Die geforderten Daten konnten dort von ihm aber nicht gefunden werden.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, bat die Verwaltung darum, dass bei konkreten Fragestellungen auch konkrete Antworten gegeben werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte der Kritik von Herrn Schachtschneider zu. Da er konkrete Fragen gestellt hat, hätte man diese auch konkret beantworten können. Zurzeit werden noch Prioritätenlisten entwickelt und Abwägungen vorgenommen.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.26 Anfrage der CDU-Fraktion zum Durchgangsverkehr in Ammendorf**  
**Vorlage: V/2012/10370**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, erweiterte die Anfrage seiner Fraktion mit der Bitte um Mitteilung, wo konkret die im Januar 2012 durchgeführte Verkehrszählung stattgefunden habe und nach welchen Verfahren gezählt wurde. Gleichzeitig bat er um die Übergabe der Ergebnisse der Verkehrszählung.

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen auf die Stadtratssitzung April 2012 vertagt.**

**zu 8.27 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zum  
stadtplanerischen Ideenwettbewerb "Zukunftspreis" für Halle an der  
Saale  
Vorlage: V/2012/10514**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.28 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Überprüfung  
von Festsetzungen in Bebauungsplänen  
Vorlage: V/2012/10515**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.29 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur  
baulichen Situation an Schulen  
Vorlage: V/2012/10518**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.30 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE.) zu  
Migranten/innen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10520**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen auf die Stadtratssitzung April  
2012 vertagt.

**zu 8.31 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Einführung eines Handy-  
 Stadtführers in Halle  
Vorlage: V/2012/10516**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.32 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Erstellung eines Solaratlases  
für Halle  
Vorlage: V/2012/10517**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.33 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zum  
Länderspiel U21  
Vorlage: V/2012/10534**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.34 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur öffentlichen  
Stellenausschreibung Amtsleiter/in für das Gesundheitsamt,  
Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen  
Vorlage: V/2012/10536**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.35 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum  
aktuellen Sachstand Bau einer Ballsporthalle  
Vorlage: V/2012/10538**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.36 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur  
Errichtung von Gemeinschaftsschulen  
Vorlage: V/2012/10533**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.37 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu  
kommunalen Grundschulen  
Vorlage: V/2012/10535**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.38 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum  
Leerstand von Mietflächen  
Vorlage: V/2012/10537**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.39 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Zustand des halleschen Wasserleitungsnetzes  
Vorlage: V/2012/10531**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.40 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Landesfördermitteln zur Oberflächen- und Grundwasserproblematik  
Vorlage: V/2012/10530**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.41 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu AsylbewerberInnen und Asylberechtigten in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10526**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.42 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur städtischen Öffentlichkeitsarbeit für Leistungen nach dem SGB II  
Vorlage: V/2012/10529**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.43 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu mehrsprachigen Informationsangeboten der Stadtverwaltung  
Vorlage: V/2012/10525**

---

**Die Antwort der Verwaltung wurde auf die Stadtratssitzung April 2012 vertagt.**

## zu 9      **Mitteilungen**

---

### zu 9.1      **Energiebericht 2011** **Vorlage: V/2012/10365**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte darauf aufmerksam, dass erst einmal die Mitteilungen zum Energiebericht und zum Personalbericht mit zwei Ergänzungsblättern vorliegen.

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

### zu 9.2      **Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: V/2012/10489**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über einen Bericht zur Darstellung der städtischen Beteiligungen und deren Leistungen für die Stadt. Der Bericht soll auch den Sachkundigen Einwohnern zugeleitet werden. Mit der BMA, dem Beteiligungsmanagement, wurde die Absprache zur Fortschreibung dieses Berichtes getroffen.

Weiterhin informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** über die Abgabe einer Stellungnahme zum Jahresbericht des Landesrechnungshofes und speziell zu den Erörterungen des Landesrechnungshofes zu den PPP-Projekten. Die Stellungnahme ist den Stadträten schriftlich zugegangen. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass die Stellungnahme an das Finanzministerium zur Kenntnisnahme gegangen sei.

Zum Wegerecht Passendorfer Schlösschen berichtete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass das Gericht eine Einigung mit dem Eigentümer empfohlen habe. Diese Einigung konnte mit einem Vergleich erreicht werden. Der Grundstückseigentümer sicherte zu, eine ordnungsgemäße Herstellung des Weges zu erbringen.

Desweiteren informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** über das Verfahren zum Gutachten des Landes zum Finanzausgleichsgesetz. Erst nach Vorliegen und Auswertung des vom Land in Auftrag gegebenen Gutachtens kann über weitere Schritte entschieden werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zeigte sich jedoch optimistisch, was die Auswertung des Gutachtens angeht.

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, stellte fest, dass keine weiteren Mitteilungen vorliegen und bat um die mündlichen Anfragen von Stadträten und Stadträtinnen.

## zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, fragte im Auftrag seiner Fraktion an:

1. Für welche Aufgaben wurde der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung gegründet?
2. In welchem Umfang nimmt er diese Aufgaben heute noch wahr?
3. Welche neuen Aufgaben sind hinzugekommen?
4. Sind diese Aufgaben zwingend von einer Kommune zu erledigen?
5. Ist die Struktur eines Eigenbetriebes besser zur Aufgabenerledigung geeignet, als eine Amtsstruktur?
6. Welchen Vorteil haben die Geförderten davon, dass die Stadt die Arbeitsförderung selbst betreibt?
7. Welchen Nutzen hat die Stadt Halle davon, dass sie das macht?
8. Sind Freie Träger gleichwertig in der Lage, die relevanten Aufgaben nach SGB II zu erledigen?

Zu den von der FDP-Fraktion gestellten Fragen merkte **Herr Neumann, Beigeordneter Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, an, dass diese wegen des Umfanges schriftlich beantwortet werden.

Zum grundsätzlichen Vorteil des Eigenbetriebes äußerte er sich dahingehend, dass dieser einen genehmigten Wirtschaftsplan aufweisen und mit Planungssicherheit arbeiten kann. Gleichfalls sei es im Eigenbetrieb gelungen, Bürgerarbeit in Größenordnungen umzusetzen, die sicherlich mit Freien Trägern nicht gelungen wäre.

Nach Prüfung der Aufgaben des Eigenbetriebes stellte **Herr Beigeordnete Neumann, Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, fest, dass sich die in der Satzung des Eigenbetriebes festgeschriebenen Aufgaben bis heute nicht grundsätzlich geändert hätten. Es haben sich lediglich die Bezeichnungen der Arbeitsmarktförderinstrumente geändert.

**Herr Beigeordnete Neumann, Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, sicherte den Fraktionen eine schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen zu.

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, äußerte sich zum Gebäude Brüderstraße 7 mit der Frage, wie der Stand der Rettung des Gebäudes sei.

Dazu informierte **Herr Stäglin, Beigeordneter Dezernat Planen und Bauen**, dass sich die Verwaltung mit dem Eigentümer des Gebäudes und dessen Anwalt in Verbindung gesetzt habe, mit der Bitte der Stadt und des Stadtrates, dieses Gebäude zu erhalten. Der Eigentümer sicherte eine Prüfung zu.

Da die Gespräche dazu noch nicht abgeschlossen sind, kann zum jetzigen Zeitpunkt keine weitere Information gegeben werden.

Gleichzeitig wies **Herr Beigeordnete Stäglin, Dezernat Planen und Bauen**, darauf hin, dass der Eigentümer parallel zur Prüfung zum Erhalt des Gebäudes den Abbruchantrag in Magdeburg weiter zur Bearbeitung hat.

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte zum Thema Umweltzone, wie in Halle und Leipzig damit umgegangen werde, die Ausnahmegenehmigungen gegenseitig anzuerkennen. Er bat um den aktuellen Stand dazu.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** merkte an, dass laut ihrer Information sich die beiden Gesetze nicht angleichen lassen. In Leipzig sei die Stadt und in Halle das Land zuständig. Sie sicherte den Fraktionen eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, wandte sich mit nachfolgenden Themen an die Oberbürgermeisterin.

Zum einen bat er um Auskunft, ob beim Vergleich zum Wegerecht am Passendorfer Schlösschen ein Zeitlimit für die ordnungsgemäße Herstellung des Weges festgelegt und auch die Absenkung der Bornsteinkante berücksichtigt wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung der Festlegungen zu.

---

Die zweite Frage von **Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion**, bezog sich auf das STARK III Programm, welche Schulen bzw. Kindertagesstätten von der Stadt bevorzugt werden. Er bat um eine Information zu förderwürdigen Projekten, damit im Vorfeld darüber diskutiert werden kann.

**Herr Kogge, Beigeordneter Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, berichtete, dass momentan in der ersten Tranche bis 2013 vorrangig die Auenschule als kommunale Einrichtung vorgesehen sei. Der Zuschlag dazu muss dann vom Finanzministerium erfolgen.

Weiterhin sind zwei Kindergärten aus dem kommunalen Bereich vorgesehen. In der Diskussion befinden sich zurzeit die Kita Schimmelstraße und die Kita Taubenhaus.

**Herr Kogge** sagte die Vorbereitung einer Informationsvorlage zum STARK III Programm mit weiteren Details für die nächste Ausschusssitzung zu.

Zudem informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass sich auch Freie Träger von Schulen bewerben könnten. Die Anträge werden vor Abgabe an das Ministerium im Bildungsausschuss zur Kenntnis gegeben.

In Bezug auf die erste Frage von Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion, zur Fertigstellung des Weges am Passendorfer Schlösschen informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass der Weg bis Ende April 2012 fertiggestellt sein soll.

---

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, verwies in seinen ausführlichen Ausführungen zum Thema Graffiti entsprechend dem Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung auf das Vorhaben Landsberger Straße. Im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Studie der Martin-Luther-Universität „Graffiti Kontrovers“ fragte er nach der Sinnhaftigkeit und Realisierbarkeit der zu dem Vorhaben vorgeschlagenen Projekte. Der Studie entsprechend, kommt es im Umfeld legaler Graffitiflächen zu einer Häufung illegaler Graffiti.

Dazu äußerte sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** dahingehend, dass bei der Stadtumgestaltung auch versucht werden sollte, mit einer künstlerischen Herangehensweise von Graffiti Straßen aufzuwerten. In der Vergangenheit wurde auch festgestellt, dass es dort, wo eine gute Graffiti dran ist, keine Schmierereien gibt.

In diesem Zusammenhang sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** dem Projekt ihre Unterstützung zu, mit der Bitte an die Stadträtinnen und Stadträte, diesen Dingen aufgeschlossen gegenüber zu stehen.

---

**Frau Ute Haupt, Fraktion Die Linke.**, fragte vor dem Hintergrund einer Information in der Presse, dass die Erlöse aus den VNG-Mittel jetzt in die energetische Sanierung von Gebäuden eingesetzt werden sollen, wie damit umgegangen wird und ob die Stadträte Vorschläge dazu einbringen könnten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf ihre Mitteilung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linke.**, wandte sich mit folgenden Fragen an die Verwaltung:

1. Ist es richtig, dass die Spielstätte des Thalia Theaters mit Fördermitteln ausgebaut wurde und wenn ja, welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich daraus für die Stadt Halle?
2. Welche Gebäudekosten ergeben sich für die Stadt Halle nach der Schließung ab 01.08.2012?
3. Welche Absichten der Weiternutzung der Immobilie bzw. welche alternativen Vorstellungen gibt es seitens der Stadtverwaltung und wann können diese realisiert werden?

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte dazu, dass in weit zurückliegenden Jahren die Spielstätte des Thalia Theaters Fördermittel bekommen habe und sich zum heutigen Zeitpunkt aber keine finanziellen Konsequenzen mehr ergeben.

Zur zweiten Frage stellt **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** klar, dass bei einer Schließung des Gebäudes ebenfalls keine Gebäudekosten im Sinne von Betriebskosten anfallen werden.

Die dritte Frage zur Weiternutzung der Immobilie konnte durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** noch nicht abschließend beantwortet werden, da erst noch entsprechende Gespräche geführt werden müssen. Vorschläge der Verwaltung dazu sollen dann im entsprechenden Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Ebenfalls können noch keine Angaben zu evtl. Erhaltungskosten gemacht werden. Da das Gebäude erst zum Ende der Spielzeit an die Stadt zurückfällt, seien noch keine konkreten Abstimmungsgespräche möglich.

---

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, informierte von der Verärgerung einiger Eltern wegen der nicht öffentlichen Verlosung zur Aufnahme für Viertklässler zum Gymnasium.

Laut eines Artikels in der Mitteldeutschen Zeitung, in welchem davon berichtet wurde, dass auf Grund des Datenschutzes die Verlosung nicht mehr öffentlich stattfindet, äußerte er seine Verwunderung, dass im Bildungsausschuss darüber nicht informiert wurde und er fragt die Verwaltung, welche Gründe dazu vorliegen.

Dazu äußerte sich **Herr Kogge, Beigeordneter Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, mit dem Hinweis, dass im vergangenen Jahr die Namen der Kinder eines Gymnasiums, die positiv gezogen worden sind und auch die nicht gezogenen im Internet aufgetaucht sind.

Verschiedene Eltern hatten sich damals darüber beschwert.

Aus diesem Grunde wurde die Auslosung auch schon im vergangenen Jahr beim Herdergymnasium unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorgenommen.

In diesem Jahr wurde die Nichtöffentlichkeit der Auslosung bei allen Gymnasien hergestellt. Die Eltern sollen höchstwahrscheinlich noch vor Ostern über das Ergebnis der Auslosung durch die Schulleitungen informiert werden

---

**Herr Felke, SPD-Fraktion**, fragte betreffs der Turnhalle der Sekundar- und Grundschule Kastanienallee, nach den Intentionen der Verwaltung, bei der Berücksichtigung von Maßnahmen im STARK III Programm.

Dazu informierte **Herr Kogge, Beigeordneter Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, dass zurzeit im STARK III Programm für den südlichen Bereich Sachsen-Anhalts 9,6 Mio. EUR zur Verfügung stünden.

In der zweiten oder dritten Tranche müssten dann entsprechend vorbereitete Anträge gestellt werden. Die von der Verwaltung erarbeitete Prioritätenliste wird dann vom Finanzministerium geprüft und die entsprechenden Maßnahmen ausgewählt.

Zu der von Herrn Felke genannten Turnhalle stellte **Herr Kogge** klar, dass momentan kein Neubau vorgesehen sei und auch eine Großsanierung nicht möglich wäre. Es gibt noch grundsätzlichen Klärungsbedarf, mit welchen Schritten den Schulen geholfen werden könne. Zurzeit finden noch Abstimmungsgespräche zwischen ihm und Herrn Beigeordneten Neumann statt, um die Prioritäten der Schulturnhallen in der Frage der verschiedensten Baumaßnahmen einzuordnen.

Es wird angestrebt, auf jeden Fall vor Pfingsten eine Diskussion in den Ausschüssen zu den Prioritäten vornehmen zu lassen.

---

Zum STARK III Programm äußerte sich **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dahingehend, dass seiner Meinung nach die Fraktionen schon in die Entscheidungsfindung zu den Maßnahmen für das STARK III Programm einbezogen werden müssen und diese nicht nur zur Kenntnisnahme erhalten sollten, wie in der Antwort der Verwaltung an Herrn Schachtschneider dargestellt, da die Schulsanierung ein grundlegendes Thema des Stadtrates sei.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass sie diese Zusage bereits gegeben habe. Bevor die Anträge im Ministerium eingereicht werden, soll der Bildungsausschuss in die Diskussion eingebunden werden.

Diese Meinung konnte **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, nicht teilen und er wies darauf hin, dass eine Beteiligung des Stadtrates in dem Maße erfolgen muss, dass nicht nur eine Kenntnisnahme im Bildungsausschuss erfolgt, sondern der Stadtrat schon im Vorfeld in das Verfahren eingebunden wird.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, wies aufgrund der kurzen Zeitspanne in diesem Jahr darauf hin, dass es jetzt nicht mehr möglich wäre, das Verfahren grundlegend zu ändern.

---

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, wandte sich mit nachfolgenden Fragen an die Verwaltung. Seiner Meinung nach war die Grundschule Frohe Zukunft neben der Auenschule, die in der Priorität am höchsten gelistete Schule. Offensichtlich sei diese beim STARK III Programm nicht mehr dabei. Wenn ja, welche Gründe gibt es dafür? Den dortigen Elternvertretern sei eine zeitnahe Lösung zugesichert worden.

**Herr Kogge, Beigeordneter Dezernat Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte darüber, dass schon beim STARK II Programm gehofft wurde, Großsanierungen mit aufzunehmen.

Im Bereich des Standortes Frohe Zukunft liegen eine ganze Reihe von Aufgaben vor und es wird versucht, eine Realisierung über STARK III zu erreichen. Dies würde aber erst 2014/2015 möglich werden.

Die Verwaltung sei bemüht, Maßnahmen für alle vorgesehenen Projekte gut vorzubereiten, eine Auswahl dazu erfolge jedoch durch das Land.

---

**Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.**, stellte mit Verwunderung fest, dass zum Beschlusspunkt 7.1 – Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion: Benennung einer Straße nach Willy Brandt (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477) Vorlage: V/2012/10541 – kein Hinweis von der Verwaltung kam, dass eine Umbenennung einer existierenden Straße um einiges teurer sei, als die Neubenennung einer Straße.

In diesem Zusammenhang stellte **Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.**, die Frage, wie der Aufwand der Stadt unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung auch in Bezug auf eventuelle Auflagen des Landesverwaltungsamtes gesehen werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte darauf aufmerksam, dass sie nicht davon ausgehe, dass die Umbenennung einer Straße teurer wäre, als eine Neubenennung.

Dem konnte **Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.**, so nicht zustimmen und sie wies darauf hin, dass ein enormer Verwaltungsaufwand für die Stadt entstehen werde, da ca. 500 bis 1.000 Anwohner im Bürgerservice zwecks Ummeldung vorsprechen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass das Verfahren auch schon bei anderen Umbenennungen durchgeführt wurde und die Bürger im Amtsblatt über die Verfahrensweise informiert werden sollen. Eine Ummeldung kann dann innerhalb von 2 Jahren vorgenommen werden.

---

Zum Thema Graffiti sprach **Herr Misch, CDU-Fraktion**, noch einmal an, dass seines Wissens im Umfeld legaler Graffitiwände die umliegenden Häuser stärker von illegaler Graffiti beschmiert werden.

Er fragte nach, wie die Stadt sicherstellen wolle, dass das Umfeld der entsprechenden Häuser nicht weiter verschandelt werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, wies darauf hin, dass zu diesem Thema auch positive Erfahrungen gemacht worden seien.

Gerade im Bereich der Landsberger Straße könnte durch die Graffiti-Aktion eine Aufwertung erfolgen.

In diesem Zusammenhang lädt **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** Herrn Stadtrat Misch für die dazu stattfindende Veranstaltung ein.

---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte zur Grundschule Frohe Zukunft an, wodurch es zur Verzögerung des Auszuges gekommen sei und wie es mit der Sanierung weiter gehen wird.

Desweiteren sprach er in Bezug auf die Schule Kastanienallee an, dass es möglich sein sollte, ohne große Sanierungen die Turnhalle benutzbar zu machen, damit dort der Sportunterricht stattfinden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte den Ausführungen von Herrn Schachtschneider zur Turnhalle Kastanienallee zu, mit dem Versprechen, hier schnellstens eine Lösung zu finden.

**Herr Beigeordneter Neumann, Dezernat Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, wies darauf hin, dass im Moment die Umsetzung bestimmter Auflagen zum Brandschutz im Vordergrund stehe. Auch seien noch Mietvertragsangelegenheiten zu klären.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, stellte fest, dass die mündlichen Anfragen beendet sind.

## zu 11 Anregungen

---

### zu 11.1 Anregung Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle am Kongress „Stadtleben in 3D“ der Stiftung „Lebendige Stadt“ Vorlage: V/2012/10459

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bat um eine nähere Erklärung der Antwort der Verwaltung, da aus seiner Sicht eine weitere Verfahrensweise daraus nicht hervorgeht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** versprach, die Anregung noch einmal in der Verwaltung zu diskutieren.

**Herr Sieber, Fraktion Die LINKE.**, verwies auf den Tagesordnungspunkt 7.5 - Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses; Vorlage: V/2012/10443 – in welchem es um die Radverkehrsberechtigung geht.

In einer aktuellen Information in den Medien sei zu entnehmen, dass am Mühlweg/Ecke Bernburger Straße ein sogenannter Trixie-Spiegel angebracht werden soll, welcher dem Autofahrer eine bessere Möglichkeit geben soll, Radfahrer besser zu sehen. In diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung, darüber nachzudenken, eventuell dort den Radweg anders zu legen. Auch wäre es nicht sinnvoll, weitere solcher Spiegel in der Stadt aufzustellen, sondern vielmehr für eine vernünftige Radwegeführung Sorge zu tragen.

Dazu äußerte sich **Herr Beigeordneter Stäglin, Dezernat Planen und Bauen**, dass die Aktion mit dem Spiegel eine polizeiliche Maßnahme sei.

Auch werde schon intensiv am Runden Tisch Radverkehr diskutiert, gerade auch zur Fahrbahnführung der Bernburger Straße in Bezug auf eine Stadteinwärts- oder Stadtauswärtsführung. Zurzeit liege noch kein Ergebnis dazu vor.

Es lagen keine weiteren Anregungen vor.

## **zu 12     Anträge auf Akteneinsicht**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, gab bekannt, dass zwei Anträge auf Akteneinsicht vorliegen:

### **zu 12.1     Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in den Nutzungsvertrag der Stadt Halle (Saale) zur Konzerthalle Ulrichskirche**

---

### **zu 12.2     Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in sämtliche Unterlagen bzgl. der Ausschreibung der Veräußerung des Grundstücks Solbad Wittekind**

---

Weitere Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die 31. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Anja Schneider  
stellv. Protokollführerin